



Mit einer Auftaktveranstaltung am Kotti hatte am 26. Februar das Warten endlich ein Ende: Der Sammelstart für die zweite Phase unseres Volksbegehrens begann. Nun sind vier Monate Zeit, um mindestens 175.000 gültige Unterschriften zu sammeln, damit Berlin im September über die Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne abstimmen kann.

## Deutsche Wohnen & Co. enteignen

### Zweite Sammelphase des Volksbegehrens gestartet

**!** Bereits im Februar wurde im blättchen über das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen berichtet. Am 26.02. hat nun die zweite Sammelphase offiziell begonnen. In den kommenden vier Monaten sollen 240.000 Unterschriften gesammelt werden, damit der Volksentscheid stattfinden kann. Das Ziel des Volksbegehrens, die Vergesellschaftung von Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen zugunsten der Allgemeinheit, ist ein Ziel das die LINKE aktiv unterstützt. Wohnen ist ein Grundrecht. Mieten dürfen nicht zur Erwirt-

schaffung der Rendite von Konzernen und Aktiengesellschaften dienen und Wohnungen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Es geht beim Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen um nicht weniger, als die fundamentale Frage, wie Wohnen und Leben in Berlin in Zukunft gestaltet sein sollen. Sollen Konzerninteressen und Spekulationen auf möglichst hohe Gewinne für einige Wenige und damit Mietsteigerungen und Verdrängung den Wohnungsmarkt weiter bestimmen? Oder soll die Mieten- und Wohnungspolitik zum Wohle der Mieterinnen und Mieter und damit

zum Wohle aller Menschen in Berlin gestaltet werden? Die Kampagne Deutsche Wohnen & Co. enteignen stellt diese Frage nicht nur, sie formuliert auch eine konkrete Antwort, wie der Wohnungsmarkt in Berlin neugestaltet werden kann. Art. 15 GG bietet die Möglichkeit der gemeinwohlorientierten Vergesellschaftung von Grund und Boden. Dieses Instrument kam bisher nie zur Anwendung und genau das will die Initiative ändern. In einem Volksentscheid sollen alle Berlinerinnen und Berliner die Möglichkeit erhalten über diese Frage abzustimmen. Und die Initiatoren

stehen dabei nicht allein da. Viele Initiativen unterstützen die Kampagne. Kürzlich haben mit Ver.di und der IG Metall in Berlin zwei der größten Gewerkschaften in der Stadt ihre aktive Unterstützung für den Volksentscheid erklärt. Und auch für die LINKE ist die Antwort klar. Wir wollen eine Stadt in der alle Menschen zu bezahlbaren Mieten gut Leben und Wohnen können. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass der Volksentscheid stattfinden kann und deshalb ist es selbstverständlich, dass sich auch die LINKE Treptow-Köpenick an der Sammlung der Unterschriften beteiligt. In den kommenden Monaten wird die LINKE im ganzen Bezirk Unterschriftenlisten und Informationen zum Volksentscheid verteilen, für den Volksentscheid werben und natürlich Unterschriften sammeln. Auch diesem blättchen liegt eine Unterschriftenliste bei. Diese kann ausgefüllt, in der Geschäftsstelle und in jedem Abgeordnetenbüro der LINKEN in Treptow-Köpenick abgegeben werden. Die Liste kann auch vervielfältigt werden, um noch mehr Unterschriften für den Volksentscheid zu sammeln. Am 27.03. wird die LINKE an einem Aktionstag an vielen Orten im Bezirk präsent sein. Wir werden an diesem Tag losgehen und an Infoständen, auf der Straße, vor Einkaufszentren oder in unserer Nachbarschaft Unterschriften sammeln. Auch dabei wird es möglich sein, ausgefüllte Listen abzugeben, neue Listen zu erhalten und natürlich auch direkt zu unterschreiben. Wenn genug Unterschriften zusammenkommen, kann der Volksentscheid stattfinden. Mit Ihrer Unterschrift können Sie einen Beitrag leisten diese Stadt zu einer gerechteren Stadt für alle zu machen. Jede Unterschrift zählt!

■ ■ Weiter Informationen:  
<https://dielinke.berlin/dw-enteignen/>



### Gysi meint...

## Versagen mit Ansage

**”** Angela Merkel sieht ihre Corona-Politik „im Großen und Ganzen“ als gelungen an. Möglicherweise sagt sie das nicht nur, sondern glaubt es sogar. Doch so richtig ihre Analyse der Pandemieentwicklung war, so sehr hat sie bei deren Bekämpfung versagt. Denn es waren die von Angela Merkel geführten Regierungen, die nach Rot-Grün den Staat in der öffentlichen Daseinsvorsorge systema-

tisch weiter schwächen. Die Orientierung auf Privatisierung und Markt erweist sich nicht nur, aber besonders in der Krise als fatal. Senkung öffentlicher Investitionen, Schulen, die auf digitales Lernen schlecht vorbereitet sind, ein Gesundheitssystem, das so auf Profit getrimmt ist, das viele Kommunen und Kreise ihr Heil nur noch in einer Privatisierung oder Schließung der Krankenhäuser sa-

hen und sehen, Verlagerung von im Wortsinn lebenswichtiger Produktion in Billiglohnländer – all das prägt auch Merksels Politik. Das Land hat dadurch an Krisenfestigkeit verloren, die soziale Spaltung wurde vertieft.

Doch auch in der unmittelbaren Pandemiebekämpfung blieb die Bundesregierung vieles schuldig. Das Land wurde auf die absehbare Zunahme der Infektionen in der kalten Jahreszeit nicht vorbereitet. Dieses Versäumnis zwang das Land letztlich in einen zweiten Lockdown. Der Schutz der besonders bedrohten Menschen in den Alten- und Pflegeheimen misslang völlig. Die Impf-

stoffbeschaffung vor allem geriet zum Desaster. Und bei der sozialen Abfederung der Maßnahmen sind Menschen mit niedrigem Einkommen, Soloselbstständige, sozial Benachteiligte die Verlierer.

Dass all dies de facto ohne den Bundestag beschlossen und umgesetzt wurde, vertieft die Legitimationskrise der Politik insgesamt. Angela Merkel hat dem Land mehr schlecht als recht einen Weg durch die Pandemie gewiesen, einen Ausweg mit langfristigen Perspektiven hat sie bislang nicht gefunden.





Foto: André Schubert

Digitale Vertreter:innenversammlung. Auch Gregor Gysi erklärte seine Kandidatur am heimischen Tablet.

# Gregor erneut als Kandidat nominiert

Offizielle Bestätigung per Briefwahl

Eine Vertreter:innenversammlung in Pandemiezeiten zur in diesem Jahr stattfindenden Bundestagswahl war auch für die LINKE Treptow-Köpenick eine Besonderheit. Wie einen Tag später der Bundesparteitag fand auch diese

Versammlung online statt. Es war nicht einfach alles zu organisieren. Erst eine Gesetzesänderung ermöglichte uns eine Aufstellungsversammlung in einer Videokonferenz durchzuführen. Die Vorstellung des Direktkandidaten für den

Bundestag und die daran anschließende Briefwahl zur Nominierung ist die erste von vielen Nominierungen die wir in den kommenden Wochen vornehmen werden, um uns vorzubereiten und aufzustellen für den vor uns liegenden Wahlkampf.

Der Bezirksvorsitzende Christian Kernkopf zu der Vorstellung des Direktkandidaten: „Ich freue mich riesig, dass sich dabei der Genosse Gregor Gysi noch einmal um das Direktmandat für den Bundestagswahlkreis Treptow-Köpenick

bewirbt. Damit kann Treptow-Köpenick auch weiterhin nicht nur von einem der beliebtesten, sondern auch einem der erfahrensten Politikern der LINKEN im Bundestag direkt vertreten werden. Auch wenn das Ergebnis der Briefwahl erst in einigen Tagen feststehen wird, bin ich sicher, dass wir mit einem starken Ergebnis für Gregor alle gemeinsam motiviert in die kommenden weiteren Versammlungen und den Wahlkampf gehen können. Und dieser Wahlkampf wird nicht leicht. Die Coronapandemie – das zeigt unsere Vertreter:innenversammlung – nimmt direkten Einfluss auf unser Parteileben. Und diesen Einfluss werden wir nicht erst im Sommer, sondern direkt in den kommenden Wochen spüren. Der Wahlkampf beginnt für uns nicht erst in einigen Monaten, sondern ganz konkret in den kommenden Tagen, genauer am kommenden Wochenende. Das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. Enteignen geht in die zweite Sammelphase.“



Die Lange Brücke über die Dahme. Die Instandsetzung der zweiten Behelfsbrücke soll im Sommer 2021 beginnen.

# Treptow-Köpenick und seine Brücken

Zahlreiche Brücken sind „in die Jahre gekommen“

Das Verkehrsgeschehen in unserem Bezirk wird ganz wesentlich von der Tatsache bestimmt, dass Treptow-Köpenick von Wasser umgeben ist und man es folglich nur über Brücken erreicht. Fast alle Brücken sind in die Jahre gekommen und müssen aufwendig neugebaut werden. Das ist uns Anlass, mal wieder bei Arne Huhn von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klima-

schutz, dem Herrn über Berlins Brücken nachzufragen, wie weit die Bauvorhaben im Einzelnen vorangehen. Die Antwort wollen wir Ihnen nicht vorenthalten:

## Salvador-Allende-Brücke:

Die Abbrucharbeiten am zweiten Teil sind weitestgehend abgeschlossen. Die Arbeiten zur Herstellung der Baugrubenabsicherungen beginnen in Abhän-

gigkeit von der Witterung. Parallel laufen im Werk die Arbeiten zur Herstellung des 2. Stahlüberbau. Zielsetzung ist weiterhin eine Verkehrsfreigabe von Teilflächen auf dem zweiten Überbau im Dezember 2021. Die Fertigstellung aller Bereiche ist für das II. Quartal 2022 eingeplant.

## Lange Brücke:

Die Beauftragung des Planungsbüro nach erfolgreich abgeschlossenem europaweiten Ausschreibungsverfahren soll noch im Februar 2021 erfolgen. In Vorbereitung befinden sich verschiedene Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung. Die Instandsetzung der zweiten Behelfsbrücke soll im Sommer 2021 beginnen.

## Neue Fahlenbergbrücke zwischen Müggelheim und Gosen:

Die Bauarbeiten zur Baufeldfreimachung und zur Herstellung für die Bauzeit nötige Umfahrung wurden begonnen. Das Ausschreibungsverfahren für die eigentlichen Brückenbauarbeiten läuft noch bis April 2021, so dass anschließend mit den Bauleistungen vor Ort begonnen werden kann. Im IV. Quartal 2021 soll die Umfahrungsstrecke und die Behelfsbrücke in Betrieb gehen.

## Schmöckwitzwerder:

Die Rodungsarbeiten und naturschutzrechtlichen Vorleistungen wurden ausgeführt. Das Ausschreibungsverfahren wurde begonnen. Ein Baubeginn ist für Juni 2021 vorgesehen.

## Pyramidenbrücke, Lindenstrasse:

Die Bauleistungen mussten auf Grund von Prioritätensetzungen verschoben werden. Weiterhin lagen noch nicht alle Vorleistungen der Versorgungsunternehmen, insbesondere der Berliner Wasserbetriebe vor. Es wird jetzt davon ausgegangen, dass die Bauarbeiten im Herbst 2021 beginnen. Hierzu werden zwei Behelfsbrücken in Seitenlage errichtet, wo die verschiedenen Leitungen Platz finden sollen und die Fuß- und Radwegführung erfolgen kann.

## Eisenbrücke:

Die Abbrucharbeiten am östlichen Überbau sind planmäßig abgeschlossen. Die Arbeiten zur Herstellung der Behelfsbrückenkonstruktion laufen. Die Behelfsbrücke soll noch im Jahr 2021 errichtet werden und spätestens Anfang 2022 in Betrieb gehen. Die Ausschreibungsunterlagen für den Rückbau des östlichen Überbaus befinden sich in der Vorbereitung. Die Abbrucharbeiten sollen unmittelbar nach der Verkehrsfreigabe der Behelfsbrückenkonstruktion beginnen. Die Planungen zum Ersatzneubau laufen parallel.

Sie sehen, liebe Leserinnen und Leser, trotz der Vielzahl der Vorhaben, geht die Arbeit an den Brücken planmäßig voran. Gern halten wir Sie auch weiterhin auf dem Laufenden.

■ ■ Stefanie Fuchs (MdB).

DIE LINKE im Abgeordnetenhaus



Aus  
dem

# Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 268

März 2021

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick



Der Bildschirm bei der digitalen Bezirksverordnetenversammlung.

## Gelogen, ausgelassen, geschwiegen

**AfD-Stadtrat erhält Missbilligung**



Die Vorgänge rund um die Entlassung des ehemaligen Fachbereichsleiters im Gesundheitsamt H. sind ein neuerlicher Skandal in Treptow-Köpenick. Wiederholt verursacht von AfD-Gesundheitsstadtrat Bernd Geschanowski. In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im Februar erhielt Geschanowski die Quittung für sein Handeln in Form einer Missbilligung.

Die ursprünglichen Vorwürfe von H., der zunächst mit seiner Bewerbung auf die freigewordene Amtsarztstelle gescheitert war, Geschanowski habe ihn rassistisch beleidigt und aufgrund seiner Sexualität diskriminiert, spielten jedoch keine tragende Rolle mehr. „Wir können die Vorwürfe nicht beweisen, auch wenn wir es für sehr glaubwürdig halten, dass sich Geschanowski so geäußert hat. Immerhin gehört er einer durch und durch rassistischen Partei an. Außerdem hielt er es auch auf direkte Nachfrage nicht für nötig sich von Rassismus zu distanzieren“, stellt Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, fest.

In Folge der Auseinandersetzungen um die Vorwürfe wurde H. auf Anweisung von Geschnowski entlassen. Zuvor hatte Geschnowski die um Aufklärung bemühten Bezirksverordneten jedoch au-

ßen vor gelassen und diese wohl nicht nur belogen, sondern auch Informationen weggelassen, ganz geschwiegen oder anders getrickst. Dieses Verhalten war nun Anlass für die Missbilligung. „Geschanowski wollte uns im Ausschuss nichts zum Fall erzählen und deutete an, das Rechtsamt habe ihm wegen der angeblich unsicheren Videokonferenz davon abgeraten. Diese Beratung hat es aber gar nicht gegeben“, erzählt Wohlfeil. Geschanowski verteidigt sich vor der BVV, er habe eine andere Beratung gemeint und sei missverstanden worden. Andere Verordnete kontern, sie hätten mehrfach nachgefragt, um Präzisierung der Aussage gebeten, hätten aber nur ausweichende Antworten erhalten. Ein eventuelles Missverständnis sei also gewollt gewesen.

Auf einer eigens wegen der angeblichen Unsicherheit der Videokonferenz einberufenen Präsenztagung habe sich Geschanowski wieder nicht umfassend geäußert, so Wohlfeil. Auf Nachfrage habe der AfD-Stadtrat gesagt, er habe ein ergebnisoffenes Disziplinarverfahren gegen H. angestrengt, während der Antrag tatsächlich die Kündigung zum Ziel hatte. Paul Bahlmann, Verordneter der SPD, fühlt sich direkt belogen. Der Stadtrat hätte geantwortet, H. könne nach dem Disziplinarverfahren weiter

im Bezirksamt beschäftigt bleiben, während in Wahrheit seit drei Wochen die Prüfung der Kündigung lief.

Kurz vor Weihnachten überraschte dann eine Pressemitteilung über die Kündigung H. die Öffentlichkeit. Versandt an einem Sonntag durch den Stadtrat privat statt wie im Bezirksamt festgeschrieben durch die Pressestelle. Anders als bei einer Ausschusssitzung per Videokonferenz hatte er wohl auch keine Bedenken, Einzelpersonalangelegenheiten per Pressemitteilung zu verkünden und damit seiner Fürsorgepflicht auch für einen gekündigten Arbeitnehmer gerecht zu werden. Geschanowski zog sich vor der BVV unterdessen auf semantische Unterschiede zurück und darauf, dass Bezirksverordnete eben nicht tagesaktuell informiert werden müssten. Eine Fürsorgepflicht für entlassenen Mitarbeiter:innen sehe er ebenfalls keine. Dazu Philipp Wohlfeil: „Das ist an Absurdität kaum noch steigerbar. Bei so einem Verhalten können wir als Bezirksverordnete nicht unsere Arbeit machen und das Bezirksamt vernünftig kontrollieren. Das Verhalten von Geschanowski schadet nicht nur dem Ansehen des Bezirksamtes, sondern untergräbt hinterücks auch die gute Arbeit der Beschäftigten des Gesundheitsamtes.“ Die Missbilligung wurde mit den Stimmen von SPD, LINKE und FDP ausgesprochen. Von den Grünen gab es nur eine Stimme, die übrigen Verordneten enthielten sich wie die Mehrheit der CDU-Fraktion, bei denen aber auch zwei Verordnete mit der AfD dagegenstimmten.

## Beschlüsse

### Beschlossen

**VIII/0869** Tarifgerechte Bezahlung in der Jugendhilfe sicherstellen (Jugendhilfeausschuss)

**VIII/1184** Internetzugänge auch in Hortgebäuden bereitstellen (DIE LINKE)

**VIII/1193** Regengärten für Treptow-Köpenick (B90/Grüne Beitritt: DIE LINKE)

**VIII/1223** Sicher zur Schule kommen - Bürgersteig im Heidekampweg verbreitern (DIE LINKE)

**VIII/1250** Sicher über den Britzer Verbindungskanal radeln (DIE LINKE, SPD)

**VIII/1298** Missbilligung des Verhaltens von Bezirksstadtrat Geschanowski gegenüber der BVV (SPD, DIE LINKE, Einzelverordnete FDP)

**VIII/1315** Sondernutzung von Straßenland - Begrenzung der Anzahl an Wahlplakaten (CDU, SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)

**VIII/1318** Erklärende Informationstafeln für Naturdenkmäler (SPD, DIE LINKE)

### In die Ausschüsse überwiesen

**VIII/1299** Durchgängige Digitalisierung im Bezirksamt (DIE LINKE)

**VIII/1304** Standortkonferenz Schöne-weide - Zwischenbilanz und Perspektiven (DIE LINKE, SPD, CDU)

**VIII/1308** Tarifumstellung für Jugendarbeit umsetzen (DIE LINKE)

**VIII/1311** Zusätzlichen Halt der Straßenbahn in der Dörpfeldstraße errichten (SPD, DIE LINKE)

**VIII/1312** Denkmalschutz für das Eckgebäude Regattastraße 160/ Büxensteinallee 2 in Grünau (DIE LINKE)

**VIII/1314** Tempo 30 in der Dörpfeldstraße ermöglichen (SPD, DIE LINKE)



### Infotafel für Naturdenkmale

SPD und LINKE haben in einem gemeinsamen Antrag das Bezirksamt ersucht, an den Naturdenkmälern im Bezirk erklärende Tafeln anbringen zu lassen, mit denen auf diese hingewiesen und über die tatsächlichen und rechtlichen Gründe der Einstufung als Naturdenkmäler informiert wird sowie auf deren Lage auch durch geeignete Veröffentlichungen (Homepage etc.) hinzuweisen. Insgesamt 35 Naturdenkmäler befinden sich im Bezirk, auf deren ihrer Einstufung als Naturdenkmäler zugrunde liegender Bedeutung bisher nicht hingewiesen wird.

# Equal Pay Day am 10. März

Flaggenhissen am Rathaus



Mit dem diesjährigen Motto „Game Changer – Mach dich stark für equal pay!“ macht der Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. mit einer Kampagne auf den immer noch erheblichen Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland aufmerksam. Der Equal Pay Day ist ein Internationaler Aktionstag für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Er markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied und findet in diesem Jahr am 10. März 2021 statt.

Als Gender Pay Gap oder geschlechtsspezifische Lohnlücke wird die prozentuale Differenz zwischen Männer- und Frauenlohn im Verhältnis zum Männerlohn bezeichnet. Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt 19 Prozent weniger als Männer, das hat das Statistische Bundesamt berechnet. Damit bleiben wir Schlusslicht im internationalen Vergleich. Nur in Estland und der Tschechischen Republik ist die Lücke noch größer.

Ein Teil dieser Lohnlücke lässt sich auf sogenannte strukturelle Unterschiede zurückführen. Viele Frauen erlernen Berufe, die schlechter bezahlt sind, arbeiten seltener in Führungspositionen und häufiger in Teilzeit oder in Minijobs. Doch selbst wenn man diese Faktoren

herausrechnet und sich Frauen und Männer anschaut, die in der gleichen Branche und gleichen Position gleich viel arbeiten, dann ergibt sich in Deutschland immer noch eine nicht zu erklärende Lohnlücke von sechs Prozent. In Sachen Lohngerechtigkeit scheint alles mit allem zusammenzuhängen, aber diese Ursachenvielfalt darf nicht entmutigen. Zu den Ursachen gehören folgende Tatsachen.

1. Frauen fehlen in bestimmten Berufen, Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter. Obwohl Frauen heute – statistisch gesehen – besser ausgebildet sind als Männer, ergreifen Frauen noch immer verstärkt frauendominierte Berufe in den Bereichen Erziehung und Pflege und fehlen weiterhin in den MINT-Berufen.
2. Frauen unterbrechen oder reduzieren ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt durch z.B. Elternzeit oder Pflege von Angehörigen häufiger und länger als Männer. Diese „Fehlzeiten“ und darauffolgende Einstiegshemmnisse haben lang nachwirkende Einbußen bei Lohn- und Einkommensentwicklung zur Folge, was sich bis in die Rentenphase niederschlägt.
3. Frauentypische Berufe sind weiterhin unterbewertet. Aufwertung dieser Berufe heißt nicht nur, die Wahrnehmung

des gesellschaftlichen Werts von frauendominierten Berufen zu erhöhen, sondern auch die Bezahlung dieser Berufe zu stärken. Die Corona Pandemie hat das sehr gut offengelegt für die überwiegende Mehrheit von Frauen in Pflegeberufen.

4. Durch fehlende Gehaltstransparenz ist eine Ungleichbehandlung der Bezahlung aufgrund des Geschlechts nicht sichtbar. Transparenz in den Gehaltsstrukturen und ein gesetzlich geregeltes Auskunftsrecht können die Lohnlücke nachhaltig beeinflussen.
5. Gängige Rollenstereotype beeinflussen nach wie vor die Berufswahl von Frauen. So wählen junge Frauen aus einem sehr engen Segment der über 300 Ausbildungsberufe aus.

Ziel ist es daher, mit dem Equal Pay Day die Debatte über die Gründe der Lohnunterschiede öffentlich zu führen, ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen, zu sensibilisieren und Entscheidungstragende Ebenen zu mobilisieren, damit sich die Lohnlücke schließt. Bezirksbürgermeister Oliver Igel und die Gleichstellungsbeauftragte hissen deshalb am 10. März 2021 die Equal Pay Day Fahne und setzen damit öffentlich ein Zeichen.

## „Schützt die Umwelt – sie ist unsere Zukunft!“

Plakatwettbewerb für Kinder



Auch in diesem Jahr können Kinder zwischen 6 und 12 Jahren ihrer Kreativität freien Lauf lassen.

Seit 2015 veranstaltet die Initiative wirBerlin den Plakatwettbewerb und ruft jedes Jahr erneut Kinder auf, Plakate zu gestalten und Botschafter\*innen für Berlin zu werden. Auch wenn in diesem

Jahr coronabedingt der Wettbewerb nicht wie gewohnt im Klassenverband stattfinden kann, so sind alle Kinder aufgerufen, in ihren heimischen Wohnzimmern zu malen, zu basteln und ihre Ideen zu verwirklichen.

Getreu dem diesjährigen Motto „Schützt die Umwelt – sie ist unsere Zukunft!“ will die Initiative wirBerlin mit dem Wettbewerb auf die Gefahren durch Verschmutzung, Müll, Regenwaldabholzung sowie Abgase aufmerksam machen. Das Gewinnerplakat wird im Anschluss auf zahlreichen Plakatflächen und Wänden in der ganzen Hauptstadt zu sehen sein. Einsendeschluss ist der 30. April 2021

Weitere Informationen finden Interessierte auf der Internetseite unter: [wir-berlin.org/plakatwettbewerb2021](http://wir-berlin.org/plakatwettbewerb2021).



## Teilsanierung des Spielplatzes

Wiedereröffnung im Frühjahr 2022

Aufgrund des sich verschlechternden Zustandes ist der Umbau des Kleinkindspielbereiches des Spielplatzes Engelhardstraße im Johannisthaler Park geplant. Dabei werden die nicht mehr langfristig zu erhaltenden Spielgeräte zurückgebaut und der Kleinkindspielbereich wird saniert. Die umzubauende Fläche soll so konzipiert werden, dass die motorischen, koordinativen und sensorischen Fähigkeiten, sowie das soziale Verhalten der Kinder gefördert werden. Es wird ein ganzjährig nutzbares, vielfältiges Spielangebot mit unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen geschaffen. Der Zugang zum Spielplatz soll barrierefrei möglich werden. Die Bauausführung erfolgt durch Auszubildende der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau des Straßen- und Grün-

## Bitte eintreten! in Ausbildung und Beruf

Das Beratungsangebot geht weiter!

Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt aus der Agentur für Arbeit Berlin Süd und dem Jobcenter Treptow-Köpenick führen in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten ihr individuelles Beratungsformat fort. Das Beratungsangebot richtet sich an (Allein) Erziehende, Arbeitssuchende, Wiedereinsteiger/innen und Rückkehrer/innen. Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt sind persönlich ansprechbar. Professionelle Unterstützung also aus 1. Hand. Mit diesem Beratungsformat sollen nach wie vor Alleinerziehende und Frauen individuell unterstützt werden, um wieder in das Arbeitsleben einzusteigen und Familie und Beruf oder Familie und Ausbildung gut zu vereinbaren. Das Beratungsangebot findet jeden 4. Mittwoch im Monat, jeweils von 9–11 Uhr statt. Folgende Termine sind für das 1. Halbjahr 2021 geplant.

- **24. März 2021**, 9 Uhr bis 11 Uhr, Frauentreff an der Wuhlheide, Ratheustraße 40, 12459 Berlin
- **28. April 2021**, 9 Uhr bis 11 Uhr, Frauenzentrum im Nachbarschaftszentrum Friedrichshagen, Bölschestraße 87, 12587 Berlin
- **26. Mai 2021**, 9 Uhr bis 11 Uhr, Campus Kiezspindel, Rudower Str. 37, 12557 Berlin, Tel. 030/67489493
- **23. Juni 2021**, 9 Uhr bis 11 Uhr, Schutzhülle e.V., Rinkartstraße 13, 12437 Berlin, Vorherige Anmeldungen sind nicht erforderlich.

flächenamtes unter Aufsicht des Ausbildungsleiters und wird voraussichtlich im Mai 2021 beginnen. Bauabschluss und Wiedereröffnung sind für das Frühjahr 2022 geplant.

Mit dieser Ankündigung möchte das Straßen- und Grünflächenamt die Anwohnerschaft und die Anlieger von der anstehenden Sanierung dieser Teilfläche informieren. Vor Ort kündigt eine Informationstafel den Umbau an und gleichzeitig wird auf „mein.berlin.de“ unter <https://mein.berlin.de/vorhaben/2021-00184/> auf dieses Projekt aufmerksam gemacht.

Mit der Fertigstellung des Projektes wird der Spielplatz eine bedeutende Aufwertung der Spiel- und Aufenthaltsqualität erfahren.

# Durchgängig digitalisieren

## Ständige Medienwechsel künftig vermeiden

Das Bezirksamt soll alle Vorgänge im Bezirksamt identifizieren, wo Wechsel zwischen digitalen und analogen Verfahren stattfinden. Diese sollen dann so verändert werden, dass kein Mediumswechsel mehr nötig ist und das Verfahren künftig in Gänze digital abgewickelt werden kann. Einen entsprechenden Antrag stellte die Fraktion DIE LINKE jetzt in der Bezirksverordnetenversammlung. Im Bezirksamt sind viele Vorgänge schon digital. Oft werden diese aber noch durch analoge Prozesse unterbrochen. Arbeits- und zeitaufwändige Wechsel des Mediums werden notwendig, die sich vermeiden lassen. So werden beispielsweise Anträge an die BVV zwar digital eingereicht, nach Beschluss jedoch ausgedruckt, unterschrieben und gestempelt, nur um dann erneut digitalisiert zu werden. Dieser Mediumswechsel ist aufwändig, fehlerbehaftet und führt zum Teil dazu, dass Dateien nicht mehr barrierefrei (maschinenlesbar) sind. Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

„Dem Bezirksamt steht hier Potential zur Verfügung, die Arbeitsbelastung von Beschäftigten zu reduzieren, Abläufe zu beschleunigen und zugleich bessere Voraussetzungen für mobiles Arbeiten/Homeoffice zu schaffen. Gleichzeitig wird dadurch Geld und Ressourcenverbrauch gespart und die Verwaltung wird fitter für das digitale Zeitalter.“

# Einigung erzielen

Gemeinsam mit der SPD stellte DIE LINKE einen Antrag, in dem das Bezirksamt ersucht wird, noch in diesem Jahr ein Raumnutzungskonzept für die Nutzung der Räumlichkeiten zwischen Kiezklub KES und der Schule an der Wuhlheide vorzulegen, das von Schulleitung und Leitung des Kiezklubs mitgezeichnet wird.

Beide Einrichtungen haben einen verständlichen Anspruch auf die Nutzung der Räume. Exklusivität wird jedoch auf längere Zeit nicht gegeben sein, darum ist es notwendig, dass es zu einer Einigung über die Nutzung der Räumlichkeiten am Standort kommt. Mit den anstehenden Umbauarbeiten und des stetigen Wachstums der Schule an der Wuhlheide sind weitere Spannungen abzusehen. Das Bezirksamt sollte jetzt eine Einigung über die Zukunft herbeiführen.

Foto: Marina Borkenhagen



# Denkmalschutz prüfen

## Zeugnis aus der Gründerzeit in Grünau

Die BVV-Fraktion DIE LINKE setzt sich für Denkmalschutz für das Eckgebäude Regattastraße 160 / Büxensteinallee 2 in Grünau ein. Das Bezirksamt soll sich beim Landesdenkmalamt dafür einsetzen, dass die Denkmalwürdigkeit trotz zunächst ablehnenden Bescheids durch das Landesdenkmalamt, noch einmal überprüft wird. Das Gebäude in der Regattastraße prägt

durch seine auffällige Fassade und durch die gegenüber dem Straßenzug zurückgesetzte Bebauung das Ortsbild von Grünau deutlich. Insbesondere durch viele angrenzende Neubauten wirkt das Haus als Zeugnis aus der Gründerzeit. Eine erste Überprüfung durch den Landesdenkmalrat blieb zunächst erfolglos.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE:

„Das Eckgebäude wurde ab 1896 errichtet und trägt nach Ansicht vieler Bürgerinnen und Bürger in Grünau prägend zum historischen und städtebaulichen Erscheinungsbild des Ortsbildes bei und sollte unter denkmalschutzrechtlichen Aspekten unbedingt erhalten bleiben. Das Eckgebäude ist eines der wenigen noch erhaltenen historischen Gebäude, die für Grünau identitätsstiftend sind. Zugleich könnte der Denkmalschutz für das Eckgebäude zum Umgebungsschutz des Gebäudekomplexes Riviera beitragen.“

● Joseph Rohmann

# Begrenzung der Zahl von Wahlplakaten

Gemeinsam versuchen die meisten Parteien (außer der AfD) die Zahl der Wahlplakate im Herbst zu reduzieren. So haben LINKE, SPD, CDU und B90/Grüne in einem gemeinsamen Antrag das Bezirksamt ersucht, für die kommenden Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung die Anzahl an Wahlplakaten pro Partei, die über eine Sondernutzungserlaubnis genehmigt werden, auf 1.000 Stück pro Wahl zu begrenzen.

Zu den letzten Bundestagswahlen wurden den Parteien im Bezirk die Erlaubnis für das Anbringen von mehr als 25.000 Wahlplakaten erteilt. Natürlich kann nicht überprüft werden, ob diese sich letztlich alle im Straßenbild wiedergefunden haben. Gleichzeitig kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Parteien mehr Plakate angebracht haben oder gar keine Erlaubnis für eine Plakatierung eingeholt haben. Wahlplakate haben eine lange Tradition und erfüllen eine wichtige Funktion in der Demokratie: Sie unterstützen die Willensbildung in der Bevölkerung und ermöglichen es auch kleineren Parteien bzw. Wahlbewerbern, im Straßenbild und damit in der Öffentlichkeit präsent zu sein, unabhängig von großen Budgets und dem Vorhandensein einer starken Parteiinfrastruktur.

Dennoch sind die Erfahrungen mit der „Massenplakatierung“ eher ernüchternd: Die wünschenswerte Information der Wahlberechtigten wird durch eine zu große Anzahl an Plakaten eher erschwert, weil selbst kleinere Straßenzüge teilweise mit hunderten Plakaten der unterschiedlichen Parteien zugesperrt werden. Es ist auf einen Blick kaum zu erfassen, welche Botschaft von einer Laterne gesendet wird, wenn dort mehrere Plakate übereinander hängen. Das verunstaltet das Stadtbild zum Teil ganz erheblich. Nicht selten hängen Plakate auch regelwidrig und verdecken Verkehrszeichen oder schneiden Radwege.

In diesem Jahr finden die Berliner Wahlen parallel zu den Bundestagswahlen statt. Es ist also auch so schon mit einem höheren Plakataufkommen zu rechnen. Dem Bezirksamt sollte mit diesem Beschluss daher eine Möglichkeit an die Hand gegeben werden, die Sondernutzung von Straßenland durch Wahlplakate mengentechnisch zu begrenzen. Nur die AfD widersprach dem Vorhaben bei der Abstimmung. Dafür verkündete die Landespartei im Tagesspiegel, die anderen Parteien würden nur der AfD schaden wollen.



Die digitale BVV ermöglicht sofort einen Blick auf das Abstimmungsverhalten. BVV beschließt parteiübergreifend bürgerfreundliche Reduzierung von Wahlplakaten. AfD stimmt dagegen und wittert wie üblich gleich eine Verschwörung gegen sich.

bis hierher und (wie) weiter!?

# Standortkonferenz Schöneweide

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IN DER BVV



## Neue Standortkonferenz

Schöneweides als dynamischer Zukunftsort

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV setzt sich dafür ein, die weitere Entwicklung Schöneweides mit vor Ort tätigen Akteur:innen und weiteren Beteiligten

auf einer erneuten Standortkonferenz zu erörtern und weitere Handlungsschritte zu vereinbaren. Als Ausgangspunkt sollte hierfür die Analyse des bis-

her erreichten Entwicklungsstandes des Zukunftsortes Schöneweide und der gegenwärtigen Rahmenbedingungen dienen. Diese Konferenz sollte mittelfristig konzeptionell vorbereitet werden. Einen entsprechenden Antrag brachte die Linksfraktion in die BVV ein. Bereits im Mai 2009 fand eine „Stand-

## Tarifumstellung umsetzen

Mittel für Jugendarbeit stehen zur Verfügung

Das Bezirksamt wird ersucht, die durch das Land Berlin innerhalb der Globalsumme für bereits 2020 und für 2021 zusätzlich bereitgestellten Mittel zur Tarifumstellung auf TVL SuE, für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung, auch für die entsprechenden Zuwendungstitel des Jugendamtes bereitzustellen. Dies muss ohne Haushaltsbeschränkungen für das Jugendamt umgesetzt werden und auch für zukünftige Haushalte gelten. Dafür sollen die entsprechenden Summen identifiziert und in die Titel eingestellt werden. Einen entsprechenden Antrag brachte die Fraktion DIE LINKE in die BVV ein.

Das Land Berlin hat die Tarifumstellung bereits 2019 für das Jahr 2020 beschlossen. Das dazu zusätzlich benötig-

te Geld wurde den Bezirken aber nur als unbezifferter Teil einer Gesamtsumme überwiesen, in welcher zeitgleich zahlreiche Veränderungen stattfanden. Daher ist nun unklar, wie sich die Mittel genau verteilen, welcher Topf größer und welcher Topf kleiner geworden ist. Dazu erklärt Karin Kant, Sprecherin für Jugend der Fraktion DIE LINKE: „Im Jahr 2021 können die abgeschlossenen Tarifangleichungen bei Freien Trägern so nur zulasten anderer Posten im Finanzplan oder durch Kürzung der Arbeitszeit der Beschäftigten umgesetzt werden, dies widerspricht der Zielsetzung der Senatsfinanzverwaltung und lässt fragen, in welchen Bereichen die zusätzlich in den Bezirk verwiesenen finanziellen Mittel dann eingesetzt wurden. Hier ist dringend Klärung notwendig.“

## Tempo 30 ermöglichen

In einem gemeinsamen Antrag der Parteien DIE LINKE und SPD wurde dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Klassifizierung der Dörpfeldstraße geändert und sie aus dem Stadtentwicklungsplan (StEP Verkehr) entlassen wird, um künftig auf der Straße durchgehend Tempo 30 ausweisen zu können, um so die Anwohner\*innen vom Verkehr zu entlasten. Ebenfalls ermöglicht Tempo 30 grundsätzlich, dass die Straße für den Durchgangsverkehr unattraktiver gestaltet werden kann.

Die Dörpfeldstraße ist eine ursprüngliche Kiez-Geschäftsstraße mit einer kleinteiligen Mischung aus Einzelhandel, Dienstleistungen und Gastronomie. Gleichzeitig gehört sie zu den viel befahrenen Straßen im östlichen Adlershof. Um dieser Geschäftsstraße neue Potentiale zu eröffnen, ist eine Verkehrsberuhigung dringend notwendig. Dafür wird eine neue Klassifizierung im Rahmen der bestehenden Stadtentwicklungspläne erforderlich. Gleichzeitig ermöglicht diese Beruhigung neue Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Sitzungen der BVV (Bezirksverordneten-Versammlung) Treptow-Köpenick können jeweils live im Internet verfolgt werden unter dem Link: <http://l.linxx.net/21>

ortkonferenz SCHÖNEWEIDE – wirtschaftliche Neubelegung eines traditionsreichen Industriegebietes“ statt, an welcher der damaligen Wirtschaftssekretar Harald Wolf, Unternehmer:innen, Bürger:innen sowie Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beteiligt waren. Eine erneute Konferenz soll ebenso die Akteure vor Ort zusammenbringen und die Entwicklung des Gebietes planen und voranbringen. Dazu erklärt Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Auf etwa 100 ha Fläche mit etwa 370 Unternehmen, vier wissenschaftlichen Einrichtungen und fast 10.000 Studierenden ist Schöneweide ein wichtiger und sich dynamisch entwickelnder Zukunftsort. Die Entwicklung sollte natürlich vom Amt begleitet und unterstützt werden, bei gleichzeitiger Einbeziehung aller wichtigen Akteure vor Ort. Dazu bietet sich eine Standortkonferenz an.“

## Bürgersprechstunde

**Stellv. Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Jugend Gernot Klemm**  
Di., 23.3.2021, 16–17.30 Uhr  
(nur telefonisch) Anmeldung unter: (030) 90297-5988

## KONTAKT

### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin  
Tel. (030) 533 76 07  
mail@linksfraktion-tk.de

### Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do 15.00–18.00 Uhr  
Dienstag 12.00–17.00 Uhr  
Freitag 10.00–13.00 Uhr  
Sprechzeiten nach Voranmeldung

[www.linksfraktion-tk.de](http://www.linksfraktion-tk.de)



## IMPRESSUM

### Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion  
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),  
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann  
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der  
BVV Treptow-Köpenick,  
Redaktion Aus dem Rathaus,  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.  
Email: [redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de)  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.  
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Februar 21.  
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Do. 1. April 2021.  
Redaktionsschluss dafür: Di 23.3.21

## Zusätzlichen Halt

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass im Rahmen des Umbaus der Dörpfeldstraße auf Höhe der Florian-Geyer-Straße eine zusätzliche Haltestelle errichtet und damit der lange Fahrtabschnitt ohne Straßenbahnhaltestelle zwischen Marktplatz Adlershof und S-Bahnhof Adlershof verkürzt wird. Aufgrund der unterschiedlichen Haltepunkte der Straßenbahn in der Dörpfeldstraße, gibt es eine längere Wegstrecke ohne Haltepunkte zwischen dem Halt hinter dem Marktplatz bis zum S-Bahnhof Adlershof. Die Straßenbahn wird sehr gut angenommen. Durch die Umgestaltung der ehemaligen Marktpassage und die Erreichbarkeit der Heide-Grundschule u.a. wird nun auch eine bessere Erschließung aus dieser Verkehrsrichtung benötigt und begründet.

## KONTAKT

### Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92  
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

### Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

**Die Geschäftsstelle ist pandemiebedingt für den Publikumsverkehr geschlossen. Anliegen, die eine persönliche Vorsprache erfordern, bedürfen einer Terminvereinbarung (Telefon oder E-Mail)**

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

### Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. 40 74 36 38, Fax 40 74 36 39  
kontakt@fuchs-stefanie.de

### Öffnungszeiten: (nur telefonisch)

Montag 10.00 – 14.00 Uhr  
Donnerstag 16.00 – 19.00 Uhr  
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin  
Tel. (030) 80 93 27 58  
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

### Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr  
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

**Sprechzeiten vor Ort:** um vorherige Anmeldung wird gebeten

### Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin  
Tel. 65940 800, Fax 65940 801  
buergerbuero@carsten-schatz.de

### Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do 11.00 – 15.00 Uhr  
Dienstag 10.00 – 14.00 Uhr  
Freitag 14.00 – 18.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58  
gregor.gysi@wk.bundestag.de

### Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)



dielinketk

## IMPRESSUM

### blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Februar 21.  
Redaktionsschluss für Ausgabe April: Di 23.3.21  
Erscheinungstag blättchen 269: Do. 1. April 21  
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

## Wir gratulieren im März zum Geburtstag

- |                                  |                       |
|----------------------------------|-----------------------|
| 65. Sigrig Taeschner             | Rosemarie Sonnenberg, |
| 75. Christel Plötz               | Erich Hahn            |
| 80. Rita Friedrich               | 92. Manfred Dietze,   |
| 85. Kurt Buttgerit,              | Sonja Hanel,          |
| Ingeborg Salewski                | Katharina Wagner,     |
| 90. Edgar Püschel, Helga Hamann, | Renate Seidowsky,     |
| Hannelore Haase, Ruth Hahn,      | Sonja Brendel,        |
| Walli Hammer, Jürgen Schewe,     | Margarete Schindler,  |
| Erhard Kranz, Lisa Ulbrich,      | Günter Funke          |
| Erich Arnold                     | 94. Martin Schulze,   |
| 91. Ursula Eilhauer,             | Waltraud Bergemann,   |
| Irmgard Fechner,                 | Susanne Heinke        |

# Was passiert mit dem Riesenrad?

## Keine kommerzielle Freiluftausstellung

Im Jahr 2015 wurde das Grundstück des einstigen Kulturparks und späteren Spreeparks vom Land Berlin zurückerworben, entschuldet und 2016 der landeseigenen Grün Berlin GmbH übertragen. Seither hat die Grün Berlin GmbH die Aufgabe, dieses traumhafte Stück Berlin neu zu entwickeln. Ich habe sehr für die Öffnung des Geländes und für eine kooperative Entwicklung mit den Berliner\*innen gestritten. Ich werbe seit 2016 dafür, hier keinen Eventpark oder eine kommerzielle Freiluftausstellung zu installieren, sondern einen alternativen Produktionsort für Kunst und Kultur zu schaffen. Leider konnte mir bislang aber auch noch niemand einen konkreten verschriftlichten Auftrag für die Bewirtschaftung und Entwicklung des Areals, mit dem der damalige Senator Geisel (SPD) die Grün Berlin ausstattete, zeigen.

Als zuständige Wahlkreisabgeordnete habe ich mich seit 2016 vielfach in die Fragen der Neugestaltung eingemischt und immer wieder deutlich gemacht: Dieser Park muss den Berliner\*innen zurückgegeben werden und ein Ort für alle sein: kostenfrei und ohne Zaun. Anfang dieses Jahres erreichte mich eher zufällig die Nachricht, dass eine Ausschreibung für die Neugestaltung des Riesenrades läuft und Planer\*innen, Künstler\*innen und Ingenieur\*innen aufgerufen sind, sich am Wettbewerb für die Neugestaltung zu beteiligen.

Ich warf einen Blick in die Ausschreibungsunterlagen und auf dieser Grundlage stellte ich dem Senat Fragen zur Planung der Sanierung des Riesenrades, vor allem aber zu den getätigten Maßnahmen in der Vergangenheit. Das Riesenrad gehört zu Ost-Berlin wie der Fernsehturm und müsste ja eigentlich unter Denkmalschutz gestellt werden. Deshalb fragte ich nach, was die Grün Berlin GmbH im Auftrag des Senats für den Erhalt des Riesenrades tut und wie sie sicherstellt, dass wir unser

Riesenrad auf jeden Fall behalten können. Ich wurde stutzig, da in einem Gutachten auch die Variante einer möglichen Neuanschaffung eines Riesenrades geprüft wurde.

Also fragte ich, was genau die Grün Berlin GmbH bisher getan hat, um das 1989 in Holland von der Firma Vekoma gekaufte Riesenrad wieder in Gang zu bringen? Auch die künstlerische Neukonzeption für das sanierte Riesenrad – als Kunst- und Kulturikone Berlins – muss auf der Grundlage der üblichen Berliner Standards öffentlicher Kunst- und Kulturförderung geschehen. Auch diesen Ansprüchen entzieht sich die Grün Berlin mit dem geplanten Wettbewerbsverfahren, worüber sich Vertreter\*innen der Kunstszene zu recht beklagen.

Mir gegenüber hat der zuständige Staatssekretär Herr Tidow klargestellt: Dieses Riesenrad wird wieder aufgestellt! Und auch die Grün Berlin GmbH hat dies per Pressemitteilung am 17.02.2021 bestätigt. Diese klaren Aussagen sind wichtig und gut. Ich werde den offenen Fragen zu Sanierungsplanung und Gestaltungswettbewerb per Akteneinsicht nachgehen und komme damit meiner Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle nach.

Ich möchte wissen was getan wird, damit sich das Riesenrad als Ikone Berlins wieder drehen wird.

■ ■ Katalin Gennburg (MdA)

## Stilles Gedenken

Rosa Luxemburg würde am 5. März 150 Jahre. Der Landesvorstand ruft die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE auf, an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 14. März um 10 Uhr an der Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde, teilzunehmen.

## Bürgersprechstunden

### Gregor Gysi, MdB

**Montag 29.3.21 von 12–18 Uhr** im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

### Katalin Gennburg, MdA

Telefonsprechstunden finden vorerst jeden Freitag von 15 bis 16 Uhr statt. Tel. 80932758.

### Stefanie Fuchs, MdA

Der Fuchstreff findet zur Zeit nur als „telefonischer Fuchstreff“ nach vorheriger Terminabsprache statt. Anmeldung bitte unter: 030 407 436 38 oder kontakt@fuchs-stefanie.de

### Carsten Schatz, MdA

**Mittwoch 10. März 17–19 Uhr und Mittwoch, 24. März 17-19 Uhr,** Die Sprechstunden sind beide digital in einer Videokonferenz. Unter der E-Mail buergerbuero@carsten-schatz.de ist Anmeldung erforderlich.

## Fuchs.Cast

Der Videocast von Stefanie Fuchs mit interessanten Gästen aus Politik, Gesellschaft und natürlich Köpenick. Jederzeit auf Youtube abrufbar. Nächster Fuchs.Cast ist am

17. März ab 16.00 Uhr live auf Facebook,

Twitter und Youtube.

<http://l.linxx.net/22>



## Sozialrechtsberatung

Im Bürgerbüro Stefanie Fuchs:

**12. März 2021, 17–18.30 Uhr**

kostenlos & unverbindlich

(nur telefonisch) Anmeldung bitte unter: 030 407 436 38 oder kontakt@fuchs-stefanie.de

Im Bürgerbüro Carsten Schatz:

17.03. von 14–16 Uhr, Sozialrechtsberatung findet Online statt, Anmeldung unter buergerbuero@carsten-schatz.de

## Das blättchen ist nicht umsonst

Das blättchen ist seit fast 20 Jahren die Zeitung des Bezirksverbandes DIE LINKE Treptow-Köpenick. Hier informieren wir über das Geschehen im Bezirk, über unsere Politik. Dabei ist das blättchen mehr als nur Mitteilungsblatt der Partei. DIE LINKE erhält als einzige im Bundestag vertretene Partei keine Spenden von Unternehmen.

Wenn Sie dieses Angebot schätzen und unterstützen möchten, helfen Sie mit einer Spende, es aufrecht zu erhalten: IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03 BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben




Foto: BA Treptow-Köpenick

Besucherinnen und Besucher der Ausstellungseröffnung im Museumgarten, coronabedingt mit einigem Abstand

# „Wir kommen nicht mit leeren Händen“

**Ausstellung kann per Video-Führung besichtigt werden**

 Am 1. Oktober 1920 wurde Berlin schlagartig zur drittgrößten Stadt der Welt. 59 Landgemeinden, 27 Gutsbezirke und sieben Städte bildeten gemeinsam mit dem „Alten Berlin“ die neue Einheitsgemeinde. Wenige Tage vor Inkrafttreten des Groß-Berlin-Gesetzes betonte Hugo Kinzer, der Baustadtrat der damaligen eigenständigen Stadtgemeinde Köpenick, die Stadt komme „nicht mit leeren Händen“

in das neue „Groß Berlin“. Genau darauf ist der Fokus der Ausstellung „Wir kommen nicht mit leeren Händen – Die Ortsteile des heutigen Treptow-Köpenick auf ihrem Weg nach Groß-Berlin“ gerichtet. Gezeigt wird, wie die neuen Strukturen das Leben der Menschen in den 15 Ortsteile des heutigen Bezirks Treptow-Köpenick veränderten, aber auch welche Debatten im Vorfeld geführt wur-

den. Vor allem aber geht sie auf die Ressourcen ein, die bereits vor 1920 in den südöstlichen Berliner Vororten existierten. Sie waren von strategischer Bedeutung für die neue Stadtgemeinde und brachten ausgedehnte Wald- und Wasserflächen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge und bedeutende Industriestandorte mit ein. So versorgte das Wasserwerk Friedrichshagen, am Ufer des Müggelsees gelegen, Berlin seit 1893 mit Trinkwasser. Mit der Ansiedlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) wurde die Landgemeinde Oberschöneweide zu einem der wichtigsten Standorte von „Elektropolis“, der elektrifizierten Metropole. Leider ist auch diese sehr empfehlenswerte Ausstellung pandemiebedingt nicht vor Ort zu besuchen. Aber: „Not macht erfinderisch“ und so wurde die Idee geboren, sie per Video-vorführung in vier Teilen für die BesucherInnen von zu Hause aus zugänglich zu machen. Die Kuratorinnen und Kuratoren der Ausstellung zeigen und beschreiben besondere Exponate und Zusammenhänge rund um die Bildung von Groß-Berlin. Möglich ist das mindestens noch bis zum 31. März 2021.

■ ■ Edith Karge

Die Videos sind über

- die Webseite der Museen Treptow-Köpenick (<http://l.linxx.net/20>) und
- den Youtube-Kanal des Bezirksamtes ([t1p.de/n5b6](https://www.youtube.com/channel/UCn5b6)) abrufbar.



## Frauentag

Der 8. März ist seit 1911, also seit 110 Jahren, Internationaler Frauentag und in Berlin seit dem vergangenen Jahr ein arbeitsfreier gesetzlicher Feiertag. Dezentrale Aktionen an verschiedenen Orten in Berlin werden von den Veranstalter:innen der Demonstration „Frauen\*kampf\*tag“ organisiert. Die Veranstalter:innen sehen sich als Teil einer neuen feministischen Bewegung. Sie kritisieren patriarchale Strukturen, eine an Profitmaximierung orientierte Gesellschaft, ebenso wie die Ideologie, nach der jede Person ihres eigenen Glückes Schmiedin sei. Gefordert wird ein Leben ohne Angst, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Aufgrund der Corona-Krise findet keine zentrale Großdemonstration statt, sondern mehrere dezentrale, kleine Aktionen.

Der Frauentag wird von den Vereinten Nationen dieses Jahr unter das Motto »Each for Equal / Jede\*r für Gleichberechtigung« gestellt. Der 8. März hat in den vergangenen Jahren in Deutschland und Berlin im Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter und gegen nach wie vor bestehende patriarchale Herrschaftsstrukturen für viele Menschen, unterschiedlichster Herkunft und Geschlechts, mit linker, liberaler, aber auch konservativer Einstellung wieder enorm an Bedeutung gewonnen.



Puppentheateraufführung zum Purim-Fest im Rahmen des Festjahres 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

# Puppentheater zum Purim-Fest

**Jüdisches Leben – In Pandemiezeiten online**

Am 25./26. Februar feierten jüdische Menschen das Purim-Fest. Doch viele Bürger:innen Berlins kennen diesen Fei-

ertag nicht. Eine Kooperation mit TKVA (Treptow-Köpenick für Vielfalt und gegen Antisemitismus) sorgte nun für

Sichtbarkeit im Bezirk – Das jüdische Puppentheater „Bubales“ erzählte die Geschichte von Purim unter dem Titel: „Persien sucht die Super-Queen“ anschaulich und lustig für die ganze Familie. Mit frechen Stoffpuppen, einer mobilen Theaterbühne und coolen Songs führen die „bubales“ ihr Publikum durch die bunte Welt der jüdischen Feiertage, Traditionen und Witze. Die „bubales“ sind nicht nur für jüdische Kinder ein spannendes Erlebnis. Auch nichtjüdische Kinder haben ihren Spaß und lernen dabei eine andere Kultur näher kennen. Gelacht wird hier vom Anfang bis zum Ende und das Alter des Publikums fängt mit fünf Jahren an und kann bis 120 gehen.

Ohne Corona hätte die Puppen-Show nun in einem Familienzentrum oder einem Gemeindesaal stattgefunden. Für dieses Jahr musste nun eine digitale Übertragung das gleiche Publikum erreichen. Eine Kooperation zwischen TKVA, dem Beauftragten für die Arbeit mit Kindern im Kirchenkreis sowie dem SozDia-Projekt Welcome!-Netzwerken im Kirchenkreis Lichtenberg-Oberspree,

unterstützt von der Diakonie, machte diese digitale Aufführung möglich. In einer Zeit, die vom Erstarken von Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägt ist, wollten Kirche und Diakonie, anlässlich des Festjahres „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“, am 26. Februar in einer Online-Ausstrahlung zu einer positiven Auseinandersetzung mit der Vielfalt heutigen jüdischen Lebens, beitragen.

Das jüdische Puppentheater „Bubales“ erzählte die Geschichte von Purim unter dem Titel: „Persien sucht die Super-Queen“ anschaulich und lustig für die ganze Familie. Dass Purim die Rettung des jüdischen Volkes vor der Vernichtung durch ein staatlich organisiertes Pogrom im alten persischen Reich feiert, wissen nur wenige. Zum Feiern gehört auch Verkleidung und gemeinsames Trinken. So wie im Karneval! Dabei werden herrschende Verhältnisse auf den Kopf gestellt und heftig gefeiert und getrunken bis am Aschermittwoch die Fastenzeit beginnt. Da scheint es doch Bezüge zu geben?



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: [www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)